

# Adorfer Grenzboten

(früher: Der Grenzbote)

≈ Tageblatt für Adorf ≈  
und das obere Vogtland

Anzeigen von hier und aus dem Amtsgerichtsbezirk Adorf werden mit Pfg. von auswärts mit Pfg. die 5mal gespaltene Grundzeile oder deren Raum berechnet und bis Mittag Uhr für den nächstfolgenden Tag erbeten.  
Kollamen die Pfg.

Der Grenzbote erscheint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Feiertagen folgenden Tages und kostet vierteljährlich, vorausbezahlt, Pfg. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von den Ausfragern des Blattes, sowie von allen Kaiserlichen Postanstalten und Postboten angenommen.

≈ Amtsblatt für den Stadtrat zu Adorf ≈

Verantwortlicher Schriftleiter, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf

Verantwortlicher Schriftleiter, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf

Le. Nr. 1 Grenzboten

No 270. Gemeinde-Giro-Konto 118 Sonnabend, den 22. November 1919. Postfach-Konto Leipzig 37369 Jahrg. 84.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß die 6 Pfg. für die Steuer-Einheit betragende städt. Grundsteuer-Nachzahlung nunmehr binnen 8 Tagen zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung an unsere Stadtsteuer-Einnahme abzuführen ist.  
Adorf, am 20. November 1919. Der Stadtrat.

Petroleumnummer	1-200 auf den Lebensmittelausweis von	8-1/2 10 Uhr vorm.
"	201-400 " "	" 1/2 10-11 " "
"	401-600 " "	" 11-12 " "
"	601-800 " "	" 12-1 " nachm.
"	801-Ende " "	" 1-2 " "

1 Liter kostet diesmal 2,20 Mk.  
Adorf, den 21. November 1919. Städt. Lebensmittelamt.

Sonnabend, den 22. November 1919,  
Ausgabe von Bezugsscheinen für Petroleum  
im städt. Lebensmittelamt — alte Schule —

Die Ausgabe erfolgt nur an die zum Bezuge berechnigte Bevölkerung in nachstehender Reihenfolge:

In dieser Woche entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 120 Gramm Fleisch einschl. Wurst.  
Adorf, den 21. November 1919. Der Stadtrat.

## Die letzte Woche.

Die Verkehrsverzögerungen, Kohlennot und Kartoffelmangel haben auch in der beendeten Woche, der nunmehr die Weihnachtszeit folgen wird, einen so breiten Raum eingenommen, daß wir nur von Herzen wünschen können, die traurigen Folgen in weiten Volksteilen möchten nicht hinter dem politischen Streit zurückbleiben, der in diesen Tagen sich wieder recht in den Vordergrund gedrängt hatte. Mit klarem Blick wie in diesem Kriege hat auch jetzt der Feldmarschall von Hindenburg, der zu seiner Vernehmung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß nach Berlin gekommen war, die Lage erkannt und zur Ruhe und Eintracht gemahnt. Wir sind dem Zusammenbruch so nahe, daß wir uns sehr hüten müssen, ihn durch innere Konflikte noch zu beschleunigen. Bürgertum und Sozialdemokratie können keinen offenen Kampf miteinander führen, und es ist unklug, denselben zu provozieren oder zu demselben aufzureizen. Ebenjowenig darf aber auch die Regierung die Bügel schließen lassen; der heutige Mangel wäre nicht eingetreten, wenn den wilden Streiks im Sommer vorgebeugt worden wäre. Die heutigen schlimmen Verhältnisse sind dadurch vorbereitet, und der frühe Winter hat sie dann noch verschärft. Wieder einmal ist alles anders gekommen.

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß ist das Wort gesprochen: „Das deutsche Volk hat das Recht, die Wahrheit über den Verlauf des Krieges zu erfahren.“ Aber durch persönliche Auseinandersetzungen über Anschauungen, wie sie sich jetzt wiederholt abspielt haben, wird die Wahrheit nur verdunkelt, nicht klar gestellt. Dafür ist Zeit, wenn die Tatsachen aufgeklärt sind. Die Männer, die im Kriege leiteten, aber mit allen Möglichkeiten desselben rechnen mußten, waren selbstverständlich ganz anderen Stimmungen unterworfen, als die Männer des Ausschusses, die heute fragen: „Wenn dies oder jenes nicht geschehen wäre, so hätte doch der Feldzug einen anderen Ausgang nehmen können?“ In der Welt würde heute wohl vielerlei anders sein, wenn von allen großen Entschlüssen die Folgen vorher bekannt gewesen wären. Was Moltke im Kriege 1870-71 gesagt hat, das trifft auch für den Weltkrieg zu: „Jeder Schritt im Krieg ist mit Gefahr verbunden.“ Das heißt, kein Feldherr kann mit Gewißheit sagen, daß alles glückt, was er anordnet. So hat auch Hindenburg von der Unsicherheit des Kriegsverlaufs gesprochen, aber sein Vertrauen auf das Durchhalten obenan gestellt. Und es wäre auch wohl dahin gekommen, wenn der Zusammenbruch unserer Verbündeten nicht eine klaffende Wunde gerissen hätte, die die Katastrophe bei uns vorbereitete. Wir haben keinen Kriegsverbrecher unter unseren verantwortlichen Männern, das war feststehend und ist nicht erschüttert. Ueberzeugung und der deutsche Rechtswille haben die Schritte geleitet. Alles vorherwissen konnten sie ebenjowenig, wie jetzt jemand die traurige Entwicklung dieses Jahres gekannt hat. Ueber Irrtümer wird später zu sprechen sein.

Die deutsche Nationalversammlung hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen, die der Weiterführung der neuen Steuergesetzgebung gelten sollen. Sie hat aber auch die Reichsregierung nachdrücklich in allen Schritten zu unterstützen, die der endlichen Heimkehr unserer Gefangenen aus Frankreich, der Wänderung der uns angeklagten Strafmaßnahmen für die „Lichterfüllung“

des Waffenstillstandes, der verschiedenen Wänderungen der Bedingungen über die Abgabe von Milchfäßen und der Beseitigung der Ostseeblockade dienen sollen. Wir dürfen diese Angelegenheiten nicht auf sich beruhen lassen, sonst wird unsere ganze Zukunft eine Strafexistenz. Auch die Lebensmittelfragen gehen die Nationalversammlung jetzt in erhöhtem Maße an, nachdem die deutsche Zollgrenze im Westen wiederhergestellt ist. Diese Erschwerung des Schiebertums bedeutet noch nicht die Ausrottung, dazu gehört noch mehr. Sonst würde die Lebensmittelverteilung in diesem Winter unerträglich werden. Auch die Ausfuhr von Fabrikaten, die wir selbst gebrauchen, an das Ausland, das in seiner günstigen Valuta einen Riesenvorteil besitzt, muß gehemmt werden. Auch diesem Handelszweige widmen die Schieber ihr besonderes Interesse.

Es ist schade, daß sich der deutsche parlamentarische Ausschuß nicht einen amerikanischen Senator zu seinen Verhandlungen hat einladen können, um über Wilsons Politik die Meinung von seinen Landsleuten zu hören. Der demokratische Senator Neeb, also des Präsidenten eigener Parteigenosse, sagte: „Wilson hat viel versprochen, aber wenig gehalten.“ Das genügt! Der amerikanische Senat hat den Friedensvertrag mit so starken Vorbehalten angenommen, daß schließlich mit der Ablehnung zu rechnen ist. Das nicht freilich uns Deutschen zunächst nicht viel, denn wir bleiben gebunden. Es kann nur die Folge haben, daß sich die Beziehungen zwischen der Entente in Europa und Amerika abkühlen. Wilson wird allerdings aus Freundschaft zu England sein Möglichstes tun, den Riß zu verkleinern. Später können wir wohl darauf rechnen, daß Amerika in den Handelsbeziehungen zu Deutschland seine eigenen Wege gehen, aber schwerlich so bald billig sein wird. Jedenfalls haben die Amerikaner keine Lust, England und Frankreich ihre Grenzen zu garantieren und alle Vorschriften des Völkerbundes mitzumachen.

Die allgemeinen Neuwahlen, die in Frankreich, Belgien und Italien am letzten Sonntag stattgefunden haben, sind ohne größere Störungen verlaufen, und stärften in der Zusammensetzung der Regierungen höchstens Belgien eine größere Aenderung herbeiführen. In Paris ist ein Wechsel in der Politik gegenüber Deutschland ausgeschloffen, und jetzt, wo sich Amerika seine selbständige Stellung wahr, noch weniger als bisher. In Rußland sind die militärischen Aktionen ganz ins Stocken geraten. Ueber die Einleitung von Friedensverhandlungen mit der Entente ist Bestimmtes noch nicht zu erkennen. Die Streikbewegungen haben im Auslande fast überall ein Ende erreicht. Der frühe Winter macht sich unliebsam bemerkbar. Auch Frankreich besonders steckt tief im Schnee, der den Verkehr wie bei uns stark gehemmt hat.

## Deutsche Nationalversammlung.

Am Donnerstag trat die Nationalversammlung nach drei Wochen Ferien wieder zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet Präsident Fehrenbach den verstorbenen Mitgliedern des Hauses Haase und Gröber warme Nachrufe, die Abgeordneten ehren die Toten durch Erheben von den Sitzen.

Eine Bittschrift wird, weil sie in das Rechtsleben eingreife, abgelehnt.

Nachdem dann 150 weitere Bittschriften ohne Debatte nach den Ausschußvorschlügen erledigt worden sind, ist die Tagesordnung erschöpft.

## Wir kommen nicht vorwärts.

Das alte herbe Volkswort „Vorgetan und nachgehakt“, hat manchen in groß Leid gebracht, zeigt sich bei uns nicht nur im Verkehrsjammer, Kartoffelmangel und Kohlemangel, die nicht auf den jetzigen frühen Winter, sondern auf die früheren Streiks-Unterlassungsünden zurückzuführen sind, und auch auf die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Die Meinungsverschiedenheiten, wer bei uns Recht oder Unrecht hatte, haben ein Recht auf Erörterungen, wenn auch wohl niemals eine Uebereinstimmung darüber erzielt werden wird, aber über die Anschauungen und Absichten Wilsons und der Entente uns die Köpfe zu zerbrechen, ist überflüssig. Wilson hat seine eigenen 14 Punkte, unter denen wir doch Waffenstillstand schlossen, in den Friedensbedingungen aufgegeben, und Frankreich und England machen kein Hehl daraus, daß sie nicht daran denken, ihre Haltung gegen Deutschland zu ändern. Heute wird uns wegen der Strafmaßnahmen gesagt, es gibt kein Verhandeln mit Deutschland, sondern nur ein Gehorchen für Deutschland, wir müssen weitere unbegrenzte Zeit auf die Freigabe der Gefangenen warten, Milchfäße und Kohlen liefern, ohne daß uns wesentliche Wänderungen zugebilligt werden, und sollen auch noch alle Entschädigungen bezahlen, welche die neutralen Staaten verlangen. Auch die französischen und englischen Arbeiter sprechen nicht für ihre deutschen Kameraden. So ist die Entente-Politik heute, und danach kann niemand glauben, daß sie innerhalb des Krieges sich in einem wesentlich anderen Rahmen bewegt hätte, wenn schon 1917 statt 1918 Waffenstillstandsverhandlungen angeboten worden wären.

Deutschlands Politik hätte den Weltkrieg wahrscheinlich verhindert, wenn wir uns rücksichtslos auf die englische oder russische Seite geschlagen und die Gebiete anderer Staaten jenen preisgegeben hätten. Das ist nicht geschehen, wir haben auch keine fremden Verlegenheiten ausgenützt, und darüber sind wir selbst zum Deutlichsten geworden. Ungeachtet und den Zeitverhältnissen nicht immer entsprechend kann man die deutsche Politik wohl teilweise nennen, aber nicht mehrheitlich. Die Entente hat uns Strafbestimmungen auferlegt, weil wir die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht genau erfüllt haben. Wir sehen daraus, wie leicht unser Tun und Lassen einseitig beurteilt werden kann, und sollen uns daher hüten, Material für solche unzutreffende Beurteilung beizutragen. Denn wer dabei den Kürzeren ziehen wird, das sind wir, und das ist für die Zukunft nicht angenehm. Daß die Ententestimmung gegen die Republik Deutschland nicht anders ist, wie gegen die Monarchie haben wir genügend erfahren. Und wie das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 abgelehnt wurde, so ist auch die Reichstagsresolution vom Juli 1917 unbeachtet geblieben.

In die Feststellung von Tatsachen, nur daran, wie es seine Aufgabe ist, sollte sich der parlamentarische Ausschuß um so mehr halten, als über die Volksstimmung zu seiner Praxis es in Berlin nicht an Kundgebungen gefehlt hat, die zum mindesten nicht unterschätzt werden dürfen. Die Lage im Reiche ist nicht erfreulich, und es werden Millionen Ruße nach Abstellung von Klagen laut, an welchen die Verschleppung energischer Maßnahmen die Schuld trägt. Im Kriege und in der Politik kann man die Tatsachen nicht immer mit den Händen greifen, aber in den Dingen des täglichen Lebens kann man den Erfolg greifen, wenn man

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe  
bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne